



II-3619 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

Zl. 353.100/8-III/4/82

A 1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0

16. März 1982

An den

Präsidenten
des Nationalrates
Anton BENYA

Parlament
1017 Wien

1659/AB

1982-03-18
zu 1656/J.

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. SCHRANZ und Genossen haben am 20. Jänner 1982 unter der Nr. 1656/J an die Bundesregierung eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Maßnahmen für das Bundesland Wien in der XV. Gesetzgebungsperiode gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

- "1. Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der Beantwortung dieser Anfrage eine Zusammenstellung jener wichtigsten Maßnahmen der einzelnen Ressorts vorzulegen, die in der XV. Gesetzgebungsperiode bisher für das Bundesland Wien von Bedeutung sind?
2. Welche Maßnahmen besonderer Art sollen in der zweiten Hälfte der XV. Gesetzgebungsperiode durch die einzelnen Ressorts im Bundesland Wien begonnen bzw. realisiert werden?"

Ich beehre mich, diese Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt zu beantworten:

Zu den Fragen 1 und 2 :

Der Übersicht halber sowie auch aus verwaltungsökonomischen Überlegungen erlaube ich mir, die Maßnahmen der Bundesregierung, die für das Bundesland Wien von Bedeutung sind, nach den einzelnen Ressorts getrennt darzustellen.

Bundeskanzleramt

Die Gesamtleistungen des Bundes für das Land Wien in der ersten Hälfte der laufenden Legislaturperiode sind, aufgeschlüsselt nach ERP-Mitteln und Mitteln im Rahmen der Zinsenstützungsaktion der Bundesregierung der angeschlossenen Aufstellung (Beilage I) zu entnehmen.

Zu den Maßnahmen auf dem Gebiet der Raumplanung wird folgendes bemerkt:

Das bei der 12. Sitzung der Österreichischen Raumordnungs-konferenz im Juni 1981 beschlossene Österreichische Raumordnungskonzept legt hinsichtlich der Realisierung und Weiterführung fest, daß für ausgewählte Gebiete mit gravierenden Problemen in Zusammenarbeit zwischen den berührten Gebietskörperschaften Maßnahmenprogramme zur Verbesserung der Lebensbedingungen ausgearbeitet werden sollen.

Für städtische Problemgebiete, bei denen zur Beseitigung ihrer gleichzeitig auftretenden ungünstigen Baubestands-, Wohn- und Umweltverhältnisse eine umfassende, koordinierte Stadterneuerungstätigkeit notwendig ist, sollen Programme für jene kurz- und mittelfristigen Maßnahmen ausgearbeitet werden, die zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung von besonderer Bedeutung sind.

Bis 1983 ist eine Liste dieser vorrangig erneuerungsbedürftigen städtischen Gebiete zu erstellen. Anhand der bisher geleisteten Vorarbeiten ist zu erwarten, daß eine Reihe von Gebieten im Land Wien in diese Liste aufgenommen werden. Hinsichtlich konkreter Maßnahmen zur Verbesserung des Baubestands- sowie der Wohn- und Umweltverhältnisse für ausgewählte Gebiete aus der erstellten Liste werden Verhandlungen zwischen den berührten Gebietskörperschaften zu führen sein.

- 3 -

Die Investitionen der verstaatlichten Industrie in Wien entwickeln sich wie folgt:

	IST	
	1979	1980
in Mio S	209	187

	PLAN		
	1981	1982	1983
in Mio S	136	100	113

Die Unternehmen der verstaatlichten Industrie beschäftigten zum 30. Juni 1981 in Wien 16.648 Arbeiter und Angestellte.

Zum Zwecke der Realisierung des Projektes "Motoren- und Getriebewerke General Motors" hat sich die Republik Österreich verpflichtet, eine Barzuwendung im Ausmaß von einem Drittel der nachzuweisenden Gesamtinvestitionen bis zur Höhe von 2,6 Mrd. S zu gewähren, wobei die Stadt Wien ihrerseits maximal ein Drittel dieser Barzuwendung zur Verfügung stellen wird. Des weiteren räumte die Republik Österreich General Motors weitgehende Förderungszusagen im Bereich der betrieblichen Ausbildung sowie im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung ein. (Siehe auch Ausführungen unter Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie).

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Wenn auch bei der Tätigkeit des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten im allgemeinen gesamtösterreichische Interessen im Vordergrund stehen, so werden auch Leistungen für die einzelnen Bundesländer und seine Bewohner erbracht.

- 4 -

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten ist zum Beispiel bemüht, die Ansiedlung von internationalen Organisationen in Wien zu fördern, um die Stellung Wiens als Ort der internationalen Begegnung weiter zu stärken.

Die Bemühungen um eine Förderung der österreichischen Exporte sind für die Wiener Wirtschaft von Bedeutung und stellen einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung zahlreicher Arbeitsplätze dar.

Im Rahmen der Auslandskulturpolitik bemüht sich das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten im Rahmen seiner vielfältigen kulturellen Aktivitäten auch dem Kulturschaffen Wiens Rechnung zu tragen. (Unterstützung verschiedener Ausstellungen im Ausland, Konzertreisen Wiener Ensembles und Solisten, Beschaffung von Leihgaben aus dem Ausland).

Das Bundesland Wien findet selbstverständlich auch breiten Raum im Besuchsprogramm offizieller Gäste.

Bundesministerium für Bauten und Technik

In der ersten Hälfte der XV. Legislaturperiode wurden im Bundesland Wien 24 Bauvorhaben mit einer Gesamtkostensumme von 3.237 Mio. S fertiggestellt.

Weiters wurden 28 Bauvorhaben mit einer Kostensumme von rd. 4.996 Mio. S begonnen und 18 Bauvorhaben, welche bereits vor Beginn der laufenden Legislaturperiode begonnen wurden, mit einer Kostensumme von 4.983 Mio. S, fortgesetzt.

Im Jahre 1982 werden voraussichtlich 9 Bauvorhaben mit einer Gesamtkostensumme von 847 Mio. S begonnen werden, während sich weitere 29 Bauvorhaben im Planungsstadium befinden,

- 5 -

über deren Baubeginn aber derzeit keine Aussage getroffen werden kann.

Für das Bundesland Wien wurden von der Bundesstraßenverwaltung im Jahre 1979 1.410,4 Mio. S, im Jahre 1980 1.658,2 Mio. S und im Jahre 1981 1.818,7 Mio. S aufgewendet.

Auf die Autobahnen entfielen davon 1979 331,3 Mio. S, 1980 950,6 Mio. S und 1981 1.198,8 Mio. S.

Für die Bundesstraßen B und Schnellstraßen wurden im Jahre 1979 1.079,1 Mio. S, 1980 707,6 Mio. S und 1981 619,9 Mio. S aufgewendet.

Für das Jahr 1982 sind insgesamt 1.885,1 Mio. S vorgesehen. Davon entfallen auf die Autobahnen 1.042,4 Mio. S und auf die Bundesstraßen B und Schnellstraßen 842,7 Mio. S.

Im Rahmen des Technischen Versuchswesens wurden im Bereich des Bundeslandes Wien an Förderungswerber zur Durchführung von Forschungsvorhaben bisher Förderungsmittel in der Höhe von S 9.532.400,-- zur Verfügung gestellt.

Das Bundesministerium für Bauten und Technik hat für das Bauvorhaben der Stadt Wien "Verbesserter Hochwasserschutz" mit Errichtung einer Neuen Donau und einer Donauinsel unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen des Wasserbautenförderungsgesetzes eine Förderungszusage gegeben. Im Rahmen dieser Förderung wird in Fortsetzung des in den Jahren 1970 bis 1979 zur Verfügung gestellten Betrages von 680 Mio. S aufgrund der im BGBI. Nr. 18/80 verlautbarten Vereinbarung zwischen dem Bund und der Stadt Wien, beginnend im Jahre 1980, zusätzlich 1 Mrd. S in zehn gleichen Jahresraten für die Realisierung dieses Bauvorhabens bereitgestellt. In der XV. Gesetzgebungs-

- 6 -

periode werden daher bis Ende 1982 300 Mio. S an Förderungsmittel überwiesen worden sein.

Neben der ständigen Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des Maß-, Eich- und Vermessungswesen durch das Eichamt Wien, das Vermessungsamt Wien und das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen in Wien konnte in den Jahren 1980 und 1981 die Grundstücksdatenbank im Vermessungsamt Wien eingerichtet werden.

Die Unterstützung von Forschungsvorhaben im Rahmen des Technischen Versuchswesens wird nach Maßgabe ihrer Förderungswürdigkeit und der zur Verfügung stehenden und genehmigten Mittel fortgesetzt werden.

Für das Bauvorhaben der Stadt Wien "Verbesserter Hochwasserschutz" werden die restlichen Jahresraten vereinbarungsgemäß bis 1989 weiter überwiesen werden.

Das Land Wien hat im Jahr 1979 rund 2.885 Mio. S, im Jahr 1980 3.249 Mio. S und im Jahr 1981 rund 3.566 Mio. S an Bundesmitteln zum Zwecke der Wohnbauförderung 1968 erhalten. Mit diesen Bundesmitteln wurden 1979 die Errichtung von 7.519 Wohnungen und im Jahr 1980 die Errichtung von 6.593 Wohnungen gefördert. Über die Förderungstätigkeit des Jahres 1981 liegen noch keine endgültigen Daten vor.

Nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz wurden dem Land Wien im Jahr 1979 69,260 Mio. S, im Jahr 1980 76,186 Mio. S und im Jahr 1981 83,112 Mio. S an Bundesmitteln für Zwecke der Wohnungsverbesserung überwiesen. Hiermit wurden 1979 21.403 Verbesserungsmaßnahmen in 10.992 Wohnungen und 1980 24.561 Verbesserungsmaßnahmen in 14.618 Wohnungen gefördert. Über die Förderungstätigkeit im Jahre 1981 liegen ebenfalls noch keine Daten vor.

- 7 -

Seitens des Wasserwirtschaftsfonds wurden in der laufenden Gesetzgebungsperiode bisher für das Land Wien rd. 428 Mio. S Förderungsmittel für die Errichtung von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen mit einem Baukostenbeitrag von 554 Mio. S bereitgestellt. Der Schwerpunkt lag bei der Errichtung von Abwasserbeseitigungsanlagen.

Für das Jahr 1982 ist beabsichtigt, Förderungsmittel in der Höhe von rd. 34 Mio. S bereitzustellen, womit Baumaßnahmen mit einem Bauvolumen von rd. 57 Mio. S initiiert werden können.

Da bei der Verwaltung des Wasserwirtschaftsfonds seitens der Stadt Wien keine wesentlichen Anträge auf Förderung zur Zeit vorliegen, kann eine Aussage über das Förderungsvolumen im nächsten Jahr nicht getroffen werden.

Bundesministerium für Finanzen

Seitens des Bundesministeriums für Finanzen sind folgende Maßnahmen hervorzuheben:

Übernahme der Verpflichtung zur Schadloshaltung nach dem Garantiegesetz 1977 für 14 Projekte mit einer verbürgten Kreditsumme von 344,260 Mio. S.

Inanspruchnahme der Entschädigungsbürgschaft nach dem Garantiegesetz 1977 mit rd. 8,047 Mio. S.

Inanspruchnahme der Nachbürgschaft nach dem EE-Fondsgesetz mit rd. 3,023 Mio. S.

Gemäß der Novelle zum Garantiegesetz 1977 wird ferner

- 8 -

durch die Finanzierungsgarantie-Gesellschaft m.b.H. mit Schadloshaltung durch den Bund die Einbringlichkeit von Forderungen von Unternehmungen, die zwar ihren Sitz in Wien haben, aber nicht ausschließlich dem Bundesland Wien zuzuordnen sind (Österreichische Länderbank AG., Elin-Union AG. für elektrische Industrie) gegen in Konkurs befindliche Unternehmungen garantiert.

Weiters wurden gemäß der Novelle zum Garantiegesetz 1977 Zuschüsse für Sanierungsgutachten- und manager in Höhe von rd. 1,142 Mio. S (für zwei Firmen) sowie ein Überbrückungskredit in Höhe von 10 Mio. S an eine Firma gewährt.

Übernahme der Ausfallsbürgschaft für Agrarinvestitionskredite in Höhe von S 972.500,--.

Übernahme der Bürge- und Zahlerhaftung für Kreditoperationen der IAKW in Höhe von 1.139,250 Mio. S.

Übernahme der Haftung für den Verlust und die Beschädigung von Leihgaben, die zur Durchführung von Ausstellungen in Wien zur Verfügung gestellt wurden, in Höhe von rd. 1.945,704 Mio. S.

Ferner wurden folgende Leistungen für Unternehmungen erbracht, die ihren Sitz in Wien haben (allerdings ist darauf hinzuweisen, daß sich der Tätigkeitsbereich dieser Unternehmungen über das Bundesland Wien hinaus erstreckt, eine Abgrenzung der Leistungen, die tatsächlich dem Bundesland Wien zugute kommen, jedoch nicht möglich ist.):

Übernahme der Bürge- und Zahlerhaftung für Kreditoperationen der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts AG (Verbundgesellschaft) in Höhe von 2.450 Mio. S.

- 9 -

Übernahme der Bürge- und Zahlerhaftung für Kreditoperationen der Erdöl-Lagergesellschaft m.b.H. in Höhe von 1.651,740 Mio. S.

Übernahme der Bürge- und Zahlerhaftung für Kreditoperationen des Wasserwirtschaftsfonds in Höhe von 1.500 Mio. S.

Übernahme der Bürge- und Zahlerhaftung für Kreditoperationen der Austrian Airlines, Österreichische Luftverkehrs AG, in Höhe von 896,400 Mio. S.

Zahlungen für Verpflichtungen der Ersten Donau-Dampfschiffahrts-gesellschaft aus bundesverbürgten Krediten gemäß BGBI.Nr. 278/1973, in Höhe von rd. 14,331 Mio. S.

Zahlungen für Verpflichtungen der Austrian Airlines, Österreichische Luftverkehrs AG, aus bundesverbürgten Krediten gemäß BGBI.Nr. 335/1970, in Höhe von rd. 121,066 Mio.S.

Vergütungen an Bundesmineralölsteuer

Im Zeitraum 1979 bis 1981 wurden für die Landwirtschaft des Bundeslandes Wien nachstehend angeführte Vergütungen an Bundesmineralölsteuer geleistet:

1979	S 2,742.515,--
1980	S 3,020.870,--
1981	S 3,467.871,--

Die Auszahlungen erfolgten durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft.

Schienenverbundprojekt

Bund und Land sind zum Zwecke der Erreichung eines größeren Verkehrsverbundes übereingekommen, daß sich der Bund an

- 10 -

dem Ausbau der U 3 und U 6 beteiligt und zu den Investitionen für diese U-Bahnstrecken einen Betrag im Ausmaß von 50 % leistet.

Die Investitionskosten für die Schnellbahnstrecken werden vom Bund mit 80 % übernommen.

Zur Realisierung dieses Schienenverbundvertrages wurde zwischenzeitlich ein aus Vertretern des Bundes und der Stadt Wien eingesetzter Vollzugsausschuß geschaffen, der bereits seine Tätigkeit aufgenommen hat.

Die im Zusammenhang mit diesen Schienenverbundvertrag zusammenhängenden Leistungen des Bundes sowie alle sonstigen Leistungen des Bundes an die Stadt Wien werden gesondert durch die beiliegenden Aufstellungen (Beilage II und III) bekanntgegeben.

Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz

Die vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz getroffenen Maßnahmen legislativer und administrativer Art sind grundsätzlich gleichermaßen für alle Bundesländer von Bedeutung. Darüber hinaus ist für das Bundesland Wien hervorzuheben:

Im Rahmen der Förderung der Spitalsausbildung zum praktischen Arzt werden dem Land Wien als Rechtsträger der betreffenden Krankenanstalten Förderungsbeiträge für rund 100 Ärzte angewiesen.

Ferner wurde eine Reihe von Ludwig Boltzmann-Instituten, die ihren Sitz in Wien haben, bezüglich ihrer Forschungsarbeiten,

- 11 -

die allerdings österreichweit von Bedeutung sind, laufend gefördert. In den Jahren 1978 bis 1981 betrugen diese Förderungsbeiträge insgesamt über 31 Mio. Schilling.

Zur Beratung und Betreuung von drogenabhängigen Personen wurden den gemäß der Verordnung BGBI.Nr.435/1981 anerkannten Einrichtungen und Vereinigungen im Bereich Wien Förderungsmittel in der Höhe von insgesamt rund 1,9 Mio. Schilling zur Verfügung gestellt.

Die Zahlungen aus den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds an Betriebs- und sonstigen Zuschüssen sowie von Investitionszuschüssen an die Rechtsträger von Krankenanstalten im Bundesland Wien für die Jahre 1979 bis 1981 betrugen 2.768,95 Mio. S. Die Mittel, die das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz für den Ankauf von Impfstoffen und Fluortabletten im genannten Zeitraum für das Land Wien aufgewendet hat, betrugen rund 6,22 Mio. Schilling.

Auf dem Gebiet des Umweltschutzes ist hervorzuheben, daß dem Bundesland Wien seit Beginn dieser Legislaturperiode Meßgeräte im Wert von ca. 2,8 Mio. Schilling zur Verfügung gestellt wurden, die vornehmlich der Luft- und Wassermessung dienen.

Auf dem Gebiet des Strahlenschutzes wurden die gesundheits- und umweltpolitischen Aktivitäten weiter verstärkt. Insbesondere wurde die großräumige Überwachung auf radioaktive Verunreinigungen intensiv fortgesetzt; in Wien sind derzeit sieben Beobachtungsstationen in Funktion. Ferner wird das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in Zusammenarbeit mit der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik ein leistungsstarkes kontinuierlich saugendes Aerosolsammelgerät in Betrieb nehmen und periodisch Wiener Luft auf Gammastrahler kontrollieren.

- 12 -

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Industriepolitik

Als vordringlichste Aufgabe im Rahmen der Industriepolitik wird von diesem Ressort die Stärkung der Leistungsfähigkeit der österreichischen Industrie durch Verbesserungen ihrer Struktur angesehen.

Im Rahmen der Textil-, Bekleidungs- und Lederförderung des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie wurden in der laufenden Legislaturperiode bis 31. Dezember 1981 im Bundesland Wien Förderzusagen für Investitionen

- bei der Textilindustrie in der Höhe von 72,13 Mio.S
- bei der Bekleidungsindustrie in der Höhe von 28,71 Mio.S
- bei der Lederindustrie in der Höhe von 5,62 Mio.S erteilt.

Die zugesagten Investitionszuschüsse betragen 10 % der genannten Summen.

Im Zuge der Förderung nach dem Stärkeförderungsgesetz 1969 wurden für Unternehmen im Bundesland Wien von 1. Juli 1979 bis 31. Dezember 1981 18,07 Mio.S an Förderungsmitteln ausbezahlt.

Im Rahmen der Bemühungen des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie, Zulieferungen österreichischer Produktionsbetriebe an ausländische Schlüsselindustrien zu intensivieren, wurde eine Reihe von Kontakten zwischen österreichischen - darunter sieben Wiener - Unternehmen und der deutschen Automobilindustrie hergestellt.

Errichtung des General Motors-Werkes in Wien Aspern

Das genannte Werk wurde mit Investitionskosten von rd. 7,8

- 13 -

Mrd. S errichtet. In der Motoren- und Getriebefertigung werden ca. 3.000 Mitarbeiter Beschäftigung finden. Für den Bau und die Errichtung des Werkes wurden bisher ca. 500 österreichische - darunter viele Wiener - Firmen herangezogen.

Die jährlichen Zulieferungen für die laufende Produktion werden das Ausmaß von ca. 2,6 Mrd. S pro Jahr erreichen. Davon sollen ca. 50 % heimischen Firmen zugute kommen. Für die Zulieferung werden rd. 400 inländische Unternehmen herangezogen.

Im Rahmen der Bemühungen, inländische Fertigungsfirmen verstärkt in das Zuliefergeschäft mit den ausländischen EDV-Herstellern einzubinden, lieferten und liefern acht Firmen aus Wien Qualitätsprodukte an die IBM-Gruppe.

Im Zuge der Bemühungen, bei Auslandsbezügen von Bundesdienststellen der österreichischen Wirtschaft durch Vereinbarung von Gegengeschäften der ausländischen Lieferanten mit der österreichischen Industrie neue Exportmöglichkeiten zu eröffnen, konnten durch das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie im Zusammenwirken mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung Gegengeschäfte mit ausländischen Lieferanten von Heeresausrüstungsmaterial mit dreißig Wiener Unternehmen vereinbart werden. Der Wert der bereits durchgeführten Gegengeschäfte beträgt ca. 82,9 Mio. S.

Die im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie eingerichtete Informationsstelle für Investoren soll sowohl der österreichischen Wirtschaft als auch potentiellen ausländischen Investoren durch Informations- und Vermittlungstätigkeit im Sinne eines Services für die Wirtschaft Investitions- und Standortentscheidungen erleichtern. Dabei wird versucht,

- 14 -

durch die Ansiedlung wertschöpfungs- und wachstumsorientierter Produktionsbetriebe die regionale und sektorale Industriestruktur Österreichs in praxisnaher Form zu verbessern.

Neben dem aus dieser Tätigkeit sich ergebenden allgemeinen Nutzen konnten in der Vergangenheit auch für das Bundesland Wien durch Initiative bzw. Mitwirkung der Informationsstelle Erfolge erzielt werden. Während der laufenden Legislaturperiode wurden 34 Standortangebote bzw. Kapitalbeteiligungs- und Kooperationswünsche in Evidenz gehalten und 33 Kontakte hiezu durchgeführt. Umgekehrt konnten von den in Evidenz genommenen potentiellen in- und ausländischen Investoren bzw. Kapital- und Kooperationsanbietern 16 Kontakte zum Bundesland Wien hergestellt werden.

Förderung des Gewerbes und des Fremdenverkehrs

Im Rahmen der einzelnen Förderungsaktionen des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie für Gewerbe- und Fremdenverkehrsbetriebe entfielen im Zeitraum vom 1. Juni 1979 bis 31. Dezember 1981 folgende Förderungen auf das Bundesland WIEN:

Gewerbe und Fremdenverkehr (einschl. Bundesquote d. gem. Kreditaktion d. Bundes und d. Länder)	1.754,06 Mio. S
---	-----------------

Prämien/Zuschüsse (nur Fremdenverkehr)	39,87 Mio. S
---	--------------

Für die zweite Hälfte dieser Legislaturperiode ist selbstverständlich eine Fortführung der Förderungsaktionen im Rahmen der Gewerbe- und Fremdenverkehrsförderung des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie geplant.

- 15 -

Energiepolitik

Investitionen der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft)

Für die Hauptverwaltung und den Lastverteiler der zu 100 % im Bundeseigentum befindlichen Verbundgesellschaft in Wien wurden im Jahre 1981 Investitionsaufwendungen in Höhe von 95 Mio. S getätigt.

Im Jahre 1981 wurden von der Verbundgesellschaft im Umspannwerk Wien-Südost Maßnahmen im Bereich der Fernmeldeanlagen mit einem Aufwand in Höhe von 1 Mio. S durchgeführt.

Vorgesehen ist eine Investition in Höhe von rd. 1 Mrd. S für die Errichtung einer Gleichstromkurzkupplung im Umspannwerk Wien-Südost mit voraussichtlichem Baubeginn noch im laufenden Jahr.

Investitionszuschußaktion für den Bau von Wärmeverteilnetzen

Im Rahmen der Investitionszuschußaktion für den Bau von Wärmeverteilnetzen, der auf die Förderung des Ausbaues der FernwärmeverSORGUNG im Bereich neu errichteter Heizkraftwerke bzw. aus geothermischen Quellen oder aus industriellen Anlagen zur Nutzung industrieller Abwärmen abzielt, wurde bis zum 31. August 1981 an die Heizbetriebe Wien ein Investitionszuschuß zur Errichtung eines Wärmeverteilnetzes Simmering-Arsenal-Heumarkt im Zusammenhang mit dem Betrieb des Blockes 1/2 (Kraft-Wärme-Kupplung) im Kraftwerk Simmering in der Höhe von 15 Mio. S vergeben.

Der Firma Semperit AG wurden 1981 im Rahmen der Investitionszuschußaktion für die Anschaffung und Installation von Meßgeräten zur Erfassung des innerbetrieblichen Energieflusses ein Investitionszuschuß in Höhe von 216.555,-- S gewährt.

- 16 -

Abschließend ist noch zu erwähnen, daß der Wiener Messe AG in der laufenden Legislaturperiode bisher insgesamt rund 2 Mio. S als Zuschuß zu den Planungskosten für Um- und Neubauten auf dem Messegelände gewährt wurden.

Bundesministerium für Inneres

An Maßnahmen, die allenfalls von Interesse sind, sind zu nennen:

Bundespolizei:

Erhöhung des Standes an Sicherheitswachebeamten um 72 und an Kriminalbeamten um 6 Planstellen sowie an Polizeihundeführern um 20 Beamte.

Eröffnung von 5 neuen Wachzimmern.

Zuteilung von 115 Streifenkraftwagen, 15 Sektorwagen, 10 Observationsfahrzeugen und 10 Streifenkraftwagen für die Autobahnüberwachung im Rahmen des regelmäßigen Austauschprogrammes. Ankauf von Spezialkraftfahrzeugen, Mannschaftstransportwagen und 32 Motorrädern als Ersatz für ausgeschiedene Fahrzeuge.

Bundesministerium für Justiz

Für den Bereich des Bundesministeriums für Justiz ist folgendes zu bemerken:

Personal

Von 1979 bis 1981 ist im Bundesland Wien der Stand der systemisierten Planstellen für Richter von 346 auf 370 und für nichtrichterliche Bedienstete von 1.566 auf 1.630 erhöht worden.

Baumaßnahmen und Einrichtungen

Den Schwerpunkt der Baumaßnahmen im Bereich der Justiz in Wien bildet die Generalsanierung des Landesgerichts für Strafsachen Wien einschließlich des landesgerichtlichen Gefangenenhauses I Wien; es handelt sich dabei um das größte Bauvorhaben der Justiz seit 1945 überhaupt. Die Durchführung der Bauarbeiten, mit denen im Jahr 1980 begonnen worden ist, wird voraussichtlich einen Zeitraum von 8 bis 10 Jahren erfordern. Der bisherige - aus Mitteln des Bundesministeriums für Bauten und Technik getragene - Baukostenaufwand macht rund 50 Mio. S aus.

Für Baumaßnahmen bei den Gerichten sind - aus Mitteln des Bundesministeriums für Bauten und Technik - in der ersten Hälfte der Legislaturperiode rund 70,5 Mio. S aufgewendet worden. Für die Erneuerung und Verbesserung der Einrichtung und der maschinellen Ausstattung von Gerichten in Wien sind in diesem Zeitraum - aus Mitteln des Justizressorts - rund 10,5 Mio. S aufgewendet worden.

Bundesministerium für Landesverteidigung

Die wichtigsten in der Zeit von Juni 1979 bis Dezember 1981 gesetzten Maßnahmen aus dem Vollziehungsbereich dieses Ressorts sowie die noch beabsichtigten Maßnahmen sind aus den Beilagen IV und V ersichtlich.

Dabei fanden Maßnahmen auf dem Gebiet des Versorgungswesens des Bundesheeres (Beschaffungen, Reparaturen, Baumaßnahmen, Verpflegung etc.) sowie der Assistenz- und Hilfeleistung durch das Bundesheer und des Personalwesens insoweit Berücksichtigung, als sie für das Bundesland Wien bzw. seine Bewohner im weitesten Sinne von Bedeutung erscheinen.

- 18 -

Zusammenfassend ist somit hervorzuheben, daß seitens des Bundesheeres für das Bundesland Wien Aufwendungen in der Höhe von 3.492,075 Mio. S erbracht wurden. Was die Höhe der bis Ende dieser Legislaturperiode noch vorgesehenen Ausgaben betrifft, ist zu bemerken, daß in der betreffenden Übersicht Assistenzleistungen des Bundesheeres sowie Personalmaßnahmen nicht berücksichtigt wurden, weil sich Maßnahmen in diesem Bereich einer Prognose entziehen.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Als wichtigste agrarische Förderungsmaßnahmen für das Bundesland Wien, welche in der laufenden Gesetzesperiode erbracht wurden, sind anzuführen:

1980 und 1981 kamen der Landwirtschaft des Bundeslandes Wien 46 Mio. S zinsverbilligte Kredite für 147 Darlehensfälle und 1,45 Mio. S Agrarsonderkredite sowie 15 Mio. S ERP-Kredite in den Wirtschaftsjahren 1980/81 und 1981/82 zugute. Für die Errichtung von Tiefkühlhäusern im Rahmen der Aktion "Lagerraumbeschaffung" wäre noch ein AIK-Betrag von rund 5 Mio. S für 1980/81 anzuführen.

Im Rahmen des landwirtschaftlichen Siedlungswesens (Baumaßnahmen) wurden 1980 und 1981 S 492.000,-- Bundesmittel für 11 Fälle gewährt.

Im November 1981 wurde in zwei Wiener Gartenbaubetrieben mit Untersuchungen über die Verwertungsmöglichkeiten industrieller Niedertemperatur- Abwärme begonnen. Diese beiden Pilotprojekte, denen insbesondere für die Wiener Gartenbaubetriebe große Bedeutung zukommt, werden vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft mit 1,5 Mio. S gefördert und von der

- 19 -

Bundesversuchsanstalt für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte in Wieselburg intensiv betreut.

Im Rahmen der Förderungsmaßnahme für die pflanzliche Produktion sind 1980 und 1981 Bundesbeiträge für Ölsaatenversuche (ca. S 163.000,--) sowie etwa S 20.000,-- für die Schulung und Aufklärung hervorzuheben. Im Gartenbau wurden S 61.200,-- für die Schulung und Aufklärung sowie ca. S 813.000,-- Bundesmittel für den Bau und die technische Einrichtung von Gewächshäusern und etwa S 466.000,-- für Maßnahmen zur Wärmedämmung aufgewendet.

Im Obst- und Weinbau stellte das Ressort S 35.000,-- für Maßnahmen zur Schulung und Aufklärung und Beihilfen in Höhe von S 15.000,-- für den Ankauf von Spezialmaschinen durch Weinbaubetriebe zur Verfügung.

Außerdem wurden für den Pflanzenschutzwarn- und Gerätekontrolldienst einschließlich der Schulung 1980/81 rund S 172.000,- aufgewendet.

Im Bereiche der Bildung wurden 1980 und 1981 an den Verein für Arbeiterstudenten und den Studentenunterstützungsverein an der Universität für Bodenkultur 1,75 Mio. S überwiesen. Für die Beratungskräfte betrug der Beitrag für den Personalaufwand 1980/81 2,42 Mio. S, für Weiterbildungsmaßnahmen wurden etwa S 113.000,-- und für die Errichtung und den Ausbau von Beratungsstützpunkten S 28.800,-- bereitgestellt.

Für die Hauswirtschaft kamen den bäuerlichen Familien im Bundesland Wien außerdem S 342.000,-- zinsverbilligte Kredite zugute.

Für sozialpolitische Förderungsmaßnahmen für Land- und Forstarbeiter wurden vom Bund in den Jahren 1979 bis 1981 S 671.000,-

- 20 -

aufgewendet (und zwar S 370.000,-- für den Eigenheim- und Dienstwohnungsbau, S 280.000,-- für die Berufsausbildung und S 21.000,-- für Treueprämien).

Für die Regulierung des Unterlaufes der Schwechat wurden vom Bund im Jahre 1980 10 Mio. S und 1981 18,7 Mio. S aufgewendet.

Für den Abschluß der Schwechatregulierung sind in den Jahren 1982 und 1983 Bundesmittel in Höhe von 20 Mio. S vorgesehen.

Mit der Errichtung von Hochwasserrückhaltebecken am Liesingbach soll im Jahre 1983 begonnen werden. Insgesamt sind dafür 25 Mio. S an Bundesmitteln vorgesehen, davon werden 1983 etwa 10 % verbaut werden.

Vom Bund wurden im Zeitraum 1979 bis 1981 vier Neubewaldungsprojekte im Ausmaß von zusammen 4,1 ha zur Gänze finanziert. Der Aufwand beläuft sich auf S 857.000,--.

Für 1982 ist die Ausführung eines Neubewaldungsprojektes vorgesehen.

Für die forstliche Aufklärung der städtischen Schuljugend – insbesondere für Veranstaltungen während der Woche des Waldes – wurden vom Bund in den Jahren 1979 bis 1981 über S 100.000,-- aufgewendet.

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Die weltweit anhaltende Konjunkturabschwächung breitete sich – insbesondere seit der zweiten Hälfte 1981 – in immer stärkeren Ausmaß auch auf den Wiener Arbeitsmarkt aus. Die Rate der Arbeitslosigkeit betrug im Jahresdurchschnitt 1981 sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen 2,1 Prozent, sie liegt somit unter dem Bundesdurchschnitt (2,4).

- 21 -

Dazu folgende Darstellung:

Arbeitskräftepotential		
	Österreich	Wien
1979	2.830.438	786.145
1980	2.841.898	774.709
1981	2.867.852	780.693

Arbeitslosenrate		
	Österreich	Wien
1979	2,0	1,5
1980	1,9	1,5
1981	2,4	2,1

Mit Ende Feber 1982 ist ein Rückgang der Arbeitslosenzahlen zu registrieren, der sich auch auf die Baubranche erstreckt.

Im übrigen ist noch zu erwähnen, daß das Arbeitskräftepotential in den Jahren 1960 - 1970 in Österreich um 30.032 und in Wien um 38.172 abgenommen, in den Jahren 1970 - 1981 in Österreich um 454.953 und in Wien um 40.477 zugenommen hat.

In den Jahren 1979 bis 1981 wurden Wiener Baubetriebe durch die Gewährung von Beihilfen (Wintermehrkosten, produktive Arbeitsplatzförderung) im Ausmaß von rd. 65,673 Mio. S gefördert. Betriebe des Land- und Forstwirtschaft wurden durch Beihilfen in Höhe von rd. 0,36 Mio. S gefördert; Arbeitnehmer der Land- und Forstwirtschaft erhielten rd. 0,403 Mio. S an Beihilfen.

Im Rahmen der Förderung gem. § 19 Abs.1c AMFG (geographische Mobilität) betrug der Beihilfenaufwand rd. 13,91 Mio. S. Dieser Betrag enthält auch den Aufwand für Arbeitslosenfahrtscheine; ein erheblicher Anteil entfällt aber auch auf Arbeitsplatzausstattung (z.B. Lesegeräte, Behinderten-PKW).

- 22 -

Der Gesamtaufwand für wirtschafts- und sozialpolitische Ziele in den Jahren 1979 bis 1981 gliedert sich wie folgt auf:

Aufwand in Mio. S

Arbeitsmarktförderungsgesetz	445,4
Schlechtwetterentschädigung	21,5,8
Arbeitslosenversicherungsgesetz	3.179,1
Insolvenzentgeltsicherung	597,6

Die Zuschüsse nach dem Invalidenanstellungsgesetz betragen für die Jahre 1979 - 1981 in Mio. S:

Subventionen für Behinderteneinrichtungen	35,554
Erholungsfürsorgemaßnahmen für Kriegsopfer	2,463
Fürsorgemaßnahmen für Kriegsopfer	2,314

Erbrachte Leistungen auf dem Gebiete der Kriegsopfer- und Heeresversorgung, der Opferfürsorge, an Hilfeleistungen für Opfer von Verbrechen sowie für die Kleinrentnerentschädigung sind für das Bundesland Wien nicht gesondert feststellbar, da der Aufwand für die Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland gemeinsam verrechnet wird bzw. nur in Erfolgsziffern für das gesamte Bundesgebiet aufscheint.

Eine Übersicht über die Entwicklung der finanziellen Aufwendungen von 1979 bis 1981 im Bereich des Arbeitsamtes Wien ist angeschlossen (Beilage VI).

Der Einsatz flexibler und nötigenfalls großzügiger Individualbeihilfen zur Verhütung von Dauerarbeitslosigkeit und Betreuung von Problemgruppen, der Einsatz der Förderungsinstrumente zur Sanierung von an sich lebensfähigen, aber vorübergehend in Schwierigkeit geratenen Betrieben, die Verringerung der Anzahl ausländischer Arbeitskräfte und Verhinderung von

- 23 -

Jugendarbeitslosigkeit werden auch weiterhin Schwerpunkte des arbeitsmarktpolitischen Programmes sein.

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

Bei den allgemeinbildenden höheren Schulen wurden für die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen und Lehrmitteln in der laufenden Legislaturperiode insgesamt rd. 37,03 Mio. S aufgewendet.

Für den Betriebsaufwand der allgemeinbildenden höheren Schulen ist in diesem Zeitraum ein Betrag von rd. 189,28 Mio. S bereitgestellt worden.

Für die Höhere Internatsschule des Bundes Wien und das Bundeskonvikt Wien wurden in den Jahren 1979 bis 1981 Anschaffungen aus Anlagekrediten in Höhe von rd. 2,58 Mio. S gemacht.

Weiters wurden in den Jahren 1979 bis 1981 folgende Mittel zur Verfügung gestellt:

Mittlere und höhere berufsbildende
Lehranstalten

a) Anlagen	69,84 Mio. S
b) Aufwendungen	124,85 Mio. S

Pädagogische Akademien und Institute etc.	4,07 Mio. S
--	-------------

Bundesbildungsanstalten für Kindergärtnerinnen und Arbeitslehrerinnen	2,82 Mio. S
---	-------------

Pädagogisches Institut der Stadt Wien	1,80 Mio. S
--	-------------

- 24 -

An Schul- und Heimbeihilfen wurden rd. 101,97 Mio. S und für die Schulbuchaktion rd. 581,12 Mio. S aufgewendet.

Für den Bereich der Kunstförderung wurden folgende Mittel zur Verfügung gestellt:

Bildende Kunst und Ausstellungen	1,715 Mio. S
Musik und darstellende Kunst	rd. 364,877 Mio. S
Literatur	rd. 9,959 Mio. S
Filmwesen	rd. 44,267 Mio. S

In den Jahren 1979 bis 1981 wurden für Erwachsenenbildung (Öffentliche Büchereien, Bildungswerke, Volkshochschulen etc.) rd. 17,825 Mio. S, für Sportförderung (Sporthallen, Sportanlagen, Kunsteisbahnen) rd. 27,14 Mio. S und für außerschulische Jugenderziehung rd. 2,21 Mio. S aufgewendet.

Bundesministerium für Verkehr

Österreichische Bundesbahnen

Personenfernverkehr

Das Verkehrsangebot wurde bzw. wird laufend unter Berücksichtigung der Wünsche der verschiedensten Interessensvertretungen erstellt und den allgemeinen Verkehrsbedürfnissen angepaßt.

Im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der "Rosenheimer Kurve" ab dem Sommerfahrplan 1982 wird auch eine Neugestaltung und Attraktivierung des Reisezugangebotes auf der Westbahn erfolgen.

- 25 -

Durch die Führung von zwei neuen Zugpaaren über die "Rosenheimer Kurve", zwei neuen Zugpaaren von Wien nach Innsbruck über Kitzbühel - Zell am See, sieben neuen Zügen über den Arlberg sowie durch die Schaffung zahlreicher neuer Reise- und Umsteigmöglichkeiten und vorgesehene Reisedauerverkürzungen wird sich eine wesentliche Verbesserung des Schienenverkehrsangebotes für Wien ergeben.

Personennahverkehr

Nahverkehrsvorhaben Stadlau - Hirschstetten - Aspern

Auf Grund eines zwischen dem ÖBB und der Stadt Wien im Jahre 1978 abgeschlossenen Übereinkommens wurde der Taktverkehr in der Strecke Wien Südbahnhof - Erzherzog-Karl-Straße bis zur Haltestelle Hirschstetten-Aspern verlängert und damit eine wesentliche Verbesserung der Verkehrsbedingung in diesem Siedlungsbereich erreicht. Die Betriebsaufnahme erfolgte mit dem Sommerfahrplan 1980.

Weitere Nahverkehrsvorhaben:

Gesamtaufwand (Preisbasis 1.1.1981)

"ad-hoc-Vorhaben" Meidling-Liesing	890 Mio. S
Umbau des Bahnhofes Leopoldau	240 Mio. S
Ausbau der Vorortelinie	2,3 Mrd. S
Ausbau der Flughafenbahn	

Güterverkehr

Im Interesse der Wiener Wirtschaft und der Konsumenten konnten im Schienengüterverkehr zahlreiche Verbesserungen vorgenommen werden.

Auch weiterhin werden die Güterzugfahrpläne, wie bisher, unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Grundsätze den ständig wechselnden Verkehrsbedürfnissen angepaßt, wobei auch die Möglichkeiten durch die Fertigstellung der "Rosenheimer Kurve"

sowie die Teilinbetriebnahme des im Bau befindlichen Zentralverschiebebahnhofes Wien (voraussichtlich 1983) voll ausgeschöpft werden.

Anschlußbahnen

In der ersten Hälfte der laufenden Legislaturperiode wurden in Wien von den ÖBB 9 Anschlußbahnvorhaben mit einem Betrag von 15,9 Mio. S gefördert.

Bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode werden in Wien voraussichtlich für weitere 9 Anschlußbahnen – im Rahmen der Neuerrichtung, Erweiterung bzw. Erhaltung – rund 31 Mio S aufgewendet.

Leistungen baulicher und technischer Art

In der laufenden Legislaturperiode wurden in Wien für Bauvorhaben und zum Ausbau der Sicherungs- und Fernmeldeeinrichtungen sowie für elektrotechnische Anlagen rund 1584 Mio S bereitgestellt. Bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode ist mit einem Investitionsaufwand von etwa 1151 Mio S zu rechnen.

All diese Investitionsbeträge flossen bzw. fließen vorwiegend der heimischen Wirtschaft zu.

Hervorzuheben ist insbesondere der Bau des modernen Zentralverschiebebahnhofes Wien. Baubeginn war 1978. Die geplante Baudauer beträgt 8 Jahre; eine Teilinbetriebnahme ist für 1983 vorgesehen.

Das Investitionserfordernis für dieses Großbauvorhaben beträgt (Preisbasis 1.1.1981) rund 3.350 Mio S.

Investitionsschwerpunkte

Seit Beginn der laufenden Legislaturperiode wurden im Bundesland Wien nachstehende Investitionsmittel bereitgestellt:

- 27 -

Baudienst	690 Mio S
Sicherungs- und Fernmeldedienst	721 Mio S
Elektrifizierung und Elektrobetrieb	173 Mio S
Beschaffung von Bussen	<u>7 Mio S</u>
	1.591 Mio S

Die Planungen der ÖBB sehen auch weiterhin umfangreiche Investitionen vor. Der Mittelbedarf bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode wird voraussichtlich noch 1.157 Mio. S betragen.

An Firmen im Bundesland Wien wurden seit Beginn der Legislaturperiode für die Beschaffung von Waren (inclusive Eisenbahnfahrzeuge) Lieferaufträge in der Höhe von insgesamt rund 4.728 Mio. S vergeben und somit ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung der in diesem Bundesland befindlichen Arbeitsplätze geleistet.

Post- und Telegraphenverwaltung

Postdienst

Entsprechend den Bestrebungen, die Serviceleistungen - insbesondere die Paketzustellung - weiter zu verbessern, wurden seit 1979 66 Paketkraftwagen angeschafft. Im laufenden Jahr werden voraussichtlich weitere 34 Paketkraftwagen eingestellt. Der Paketbehälterverkehr, der eine rationelle Art der Paketbeförderung gestattet, wurde in der Relation Wien - Bruck a.d. Mur - Graz sowie in der Relation Wien - Linz und im Stadtgebiet Wien ausgeweitet.

Seit Beginn der Legislaturperiode wurde das Großpostamt 1090 Wien (Annahme-, Zustell- und Umleitedienst) in einen Neubau übersiedelt.

Im Februar 1981 wurde das Postzentrum Wien-Süd, in dem die Postämter 1103 und 1036 Wien untergebracht sind, eröffnet.

- 28 -

Diese Großdienststelle, die mit einem Investitionsaufwand von 475 Mio. S errichtet wurde, ist mit den modernsten zur Verfügung stehenden technischen Anlagen ausgestattet und stellt bis jetzt das größte Bauvorhaben Österreichs für den Postdienst dar.

Weiters wurden in der Bundeshauptstadt Wien seit Beginn der Gesetzgebungsperiode acht Postämter saniert. Derzeit wird an dem Neubau des Postamtes 1190 Wien (Zustellabteilung) und dem Rechenzentrum der Post- und Telegraphenverwaltung gearbeitet.

Noch in der laufenden Legislaturperiode soll die Unterbringung von zehn Postämtern verbessert werden; ein derzeit in Ausarbeitung stehendes Sonderprogramm sieht zusätzlich die schrittweise kundengerechtere Ausstattung der Wiener Postämter vor.

Telefon

Die Zahl der Telefonanschlüsse in Wien konnte von Anfang 1979 mit 716.310 Anschlüssen bis Anfang des laufenden Jahres auf 787.917 Fernsprechhauptanschlüsse gesteigert werden. Dies entspricht einer Zunahme von rund 10 %. Anfangs 1982 betrug die Telefondichte (Anschlüsse bezogen auf 100 Einwohner) bereits 51,93 %.

Investitionen

Die Pos - und Telegraphenverwaltung hat für das Bundesland Wien seit Beginn der Legislaturperiode insgesamt für den Post-, Postauto- und Fernmeldedienst rund 5,3 Mrd S aufgewendet.

Auch bei der Post- und Telegraphenverwaltung wurde und wird darauf geachtet, einen möglichst hohen Anteil an Aufträgen an die heimische Wirtschaft zu vergeben. Die Aufträge im Hochbau werden zur Gänze von inländischen Firmen besorgt. Auch die Busse werden in Österreich hergestellt.

- 29 -

Omnibusdienste bei Bahn und Post:

Besonderes Augenmerk wurde, und wird auf Komfortverbesserungen durch die Erneuerung des Fahrparkes gerichtet. Im Berichtszeitraum wurden bzw. werden für den Bereich des Bundeslandes Wien, insgesamt 37 moderne Autobusse in Dienst gestellt.

Privatbahnförderung

Im Rahmen der Privatbahnförderung wurden der AG der Wiener Lokalbahnen, die öffentliche Verkehrsmittel in den Bundesländern Wien und Niederösterreich betrieben, in den Jahren 1980 und 1981 Förderungszuschüsse im Ausmaß von rund 130 Mio.S zugewiesen.

Förderung der DDSG

Im Berichtszeitraum wurden der DDSG Förderungsmittel im Ausmaß von insgesamt ca. 27 Mio.S zur Verfügung gestellt.

Zivilluftfahrt

Am Flughafen Wien wurden weitere Verbesserungen der Sicherheitseinrichtungen vorgenommen. Um Fluglärmelästigungen zu vermindern, wurden die Möglichkeiten der Verwendung lauter Fluggeräte weiter eingeschränkt und die Flugbewegungslenkung im Raum Wien modifiziert.

Die Baumaßnahmen zur Errichtung der neuen modernen Flugverkehrskontrollzentrale in Wien III wurden abgeschlossen.

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Die Aufwendungen für die Universität Wien, Technische Universität Wien, Veterinärmedizinische Universität Wien, Universität für Bodenkultur, Wirtschaftsuniversität, Hochschule für Musik und darstellende Kunst, Hochschule für angewandte Kunst und Akademie der bildenden Künste aus dem Budget des Bundesministeriums

- 30 -

für Wissenschaft und Forschung von 1979 bis Juni 1981 belaufen sich auf 6,8 Milliarden Schilling. Insgesamt wurde seit 1970 die 20 Milliarden-Grenze bereits weit überschritten (22.455,5 Mio. S.).

In der laufenden Legislaturperiode wurden wichtige Neu- und Zubauten an den Universitäten ihrer Bestimmung übergeben (z.B. Zoologisches Institut im Rahmen des Universitätszentrums Althanstraße, Erweiterungsbau und Glashaus der Universität für Bodenkultur).

Nach der im März des Vorjahres erfolgten Eröffnung des Studienzentrums Bregenz erfolgte am 30. Jänner 1982 die Eröffnung des Studienzentrums Wien als zweite Außenstelle des Inter-universitären Forschungsinstitutes für Fernstudien in Klagenfurt.

Der jährliche Aufwand für die Erfüllung des EDV-Bedarfes an den Universitäten in Wien beträgt 72,3 Mio. S.

An außerordentlichen Dotationen wurden in der ersten Hälfte der laufenden Legislaturperiode für Institutsausstattungen und für die Anschaffung von Geräten, apparativen Einrichtungen, Laborausstattungen an Instituten und Kliniken bisher insgesamt 368 Mio. S zur Verfügung gestellt.

Die Gesamtaufwendungen für die Österreichische Nationalbibliothek, die Universitätsbibliotheken und die Bundesstaatliche Hauptstelle für wissenschaftliche Kinematographie belaufen sich seit 1979 auf 473 Mio. S, die Förderungsausgaben für bibliothekarische und wissenschaftliche Filmeinrichtungen auf 3,5 Mio. S.

An Förderungsausgaben für wissenschaftliche Einrichtungen wurden seit 1979 insgesamt mehr als 32 Mio. S vergeben. Mit diesen Beiträgen wurde die Arbeit von wissenschaftlichen Vereinigungen, die Durchführung von Symposien und Kongressen sowie die Drucklegung wissenschaftlicher Publikationen gefördert.

- 31 -

In Vollziehung des Studienförderungsgesetzes wurden Studienbeihilfen in einer Höhe von 416 Mio. S bewilligt.

Im Rahmen der Investitionsförderung für Studentenheime und Studentenmensen wurden für diese Einrichtungen im Bundesland Wien in der laufenden Legislaturperiode bis einschließlich Oktober 1981 Mittel in Höhe von 107 Mio. S zur Verfügung gestellt.

Bei der Auftragsforschung beliefen sich die Zuwendungen vom 1.6.1979 bis 30.9.1981 auf rd. 69,8 Mio. S.

Im Rahmen des Forschungsförderungsfonds der Gewerblichen Wirtschaft wurden für die Projekte Wiener Firmen im Zeitraum Juni 1979 bis November 1981 253,3 Mio. S an Förderungsmittel bereitgestellt. Davon entfielen auf nichtrückzahlbare Förderungsbeiträge 129,75 Mio. S, und auf zinsenbegünstigte Darlehen 123,55 Mio. S. Mit diesen Projekten wurden Entwicklungen auf unterschiedlichen Gebieten, wie z.B. Energietechnologien, Umweltschutz und Maschinenentwicklungen gefördert.

Von 1979 bis Juni 1981 wurden dem Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung für Antragsteller aus Wien Förderungsmittel in Höhe von 275 Mio. S zugewiesen.

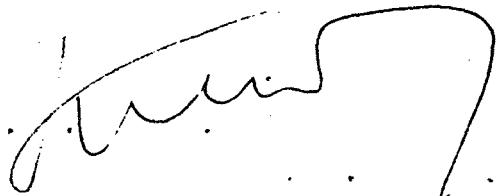
An Förderungsausgaben für Forschungseinrichtungen wurden Mittel in Höhe von 62,2 Mio. S bereitgestellt.

Der Ludwig Boltzmann-Gesellschaft wurden seit 1979 insgesamt 74 Mio. S und der Österreichischen Gesellschaft für Sonnenenergie und Weltraumfragen Förderungsmittel in Höhe von 18 Mio. S zugeteilt.

- 32 -

Die aus dem Bereich des Bundes für das Kunsthistorische Museum, Naturhistorische Museum, Museum für Völkerkunde, die Österreichische Galerie, Albertina, das Museum für angewandte Kunst, Museum Moderner Kunst, Technische Museum und Pathologische Museum aus dem Budget des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung von 1979 bis Juni 1981 stammenden Gesamtaufwendungen belaufen sich auf 560 Mio. S; die Förderungsausgaben für Museen (inkl. Stiftung Ludwig) auf 22 Mio. S.

An Förderungsausgaben wurden für den Denkmalschutz zur Erhaltung und Pflege von Denkmälern, Profan- und Sakralbauten und Fassaden Mittel in Höhe von nahezu 17 Mio. S aufgewendet.

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized 'A' or a similar character, is written over a horizontal line.

Beilage I

Leistungen des Bundes für das Bundesland W I E N
in der Zeit vom 5.6.1979 bis 31.12.1981 (in Mio S)

Sektor	Anzahl	Kredit-bzw. Förd. Betrag	Gesamtinvestitionen	Neue Arbeitsplätze
<u>ERP-Mittel:</u>				
Industrie-Normalverf.	22	278,550	2.502,420	794
Gewerbe	8	4,000	10,592	4
Landwirtschaft	4	23,190	58,166	-
Fremdenverkehr	2	9,500	40,444	-
Summe ERP:	36	315,240	2.611,622	798
<u>Zinsenst.d. Bund. Reg.</u>				
1979-80	76	3.375,612	4.897,354	2.170
Gesamtsumme:	112	3.690,852	7.508,976	2.968

Berlänge II

Aktivitäten des Bundes im Interesse der Gemeinde Wien

im Jahre	1979	1980	1981	1982 *
<u>in Millionen S</u>				
<u>nach FAG 1979</u>				
Ertragsanteile an gem. Bundesabgaben einschl.	6.643'0	7.114'0	7.687'9	8.622'0
<u>Spielbankabgabe</u>				
<u>Finanzzuweisungen</u>				
ÖBB-Betriebsstättenem.	22'8	22'8	22'8	22'8
Theater- u. Orchestergem.	3'6	3'8	4'2	4'2
<u>Zweckzuschüsse</u>				
Theaterführung	11'3	11'3	11'3	11'3
Umweltschutzförderung	12'7	12'7	12'7	12'7
Fremdenverkehrsförderung	10'6	11'0	10'8	10'8
Personennahverkehrsförd.	58'0	58'0	58'5	58'5
Nahverkehr (Kfz-Steuer)	116'7	122'2	131'9	145'5 **
U-Bahn (Kfz-Steuer)	320'3	336'1	347'8	380'0 ***
U-Bahn (BGBl. Nr. 355/1970)	250'0	250'0	300'0	-
<u>nach Kat. Fonds Gesetz</u>				
für Schäden im Vermögen der Gemeinden	0	10'5	2'2	2'7

* BVA

** bei Kap. 65 veranschlagt

*** bei Kap. 65 veranschlagt (BVA 1982, vorläufig geschätzter Bedarf):

sonstige U-Bahn-Bauten (U1, U2, U4) . 126'667 Mio.S)

Schienenverbund (U3, u. U6) 253'333 Mio.S) 390'0 Mio.S

hiezu: Ausbau der Vorortelinie

(bei Kap. 79 veranschlagt)

Erfolg 1981 276'9 Mio.S BVA 1982 400'0 Mio.S

Aktivitäten des Bundes im Interesse des Landes Wien

im Jahre	1979	1980	1981	1982 *
in Millionen S.				
<u>nach FAG 1979</u>				
Ertragsanteile an gem. Bundesabgaben einschl. Spielbankabgabe	7.142'9	7.711'7	8.270'8	9.411'0
<u>Zweckzuschüsse</u>				
Umweltschutzförderung	6'9	6'9	6'9	6'9
<u>Wohnbauförd.Ges. 1968</u>				
gem. §§ 4 u. 5	2.799'6	3.128'4	3.439'8	3.753'8
gem. § 36	54'7	58'7	65'8	54'9
<u>Rückzahlungsbea. Gesetz</u>				
gem. § 10	47'9	61'1	60'5	69'5
<u>Wohnungsverb. Gesetz</u>				
gem. § 4	69'3	76'2	83'1	83'1
<u>Kat. Fonds Gesetz</u>				
für Einsatzgeräte d. Feuerwehren	12'8	16'4	18'7	**

* BVA

** kann derzeit nicht geschätzt werden

Leistungen des Bundes betreffend das Bundesland Wien **) Drittelanteil
für die Jahre 1979 - 1983 *** 50%iger Anteil

Beilage III

	BRA 1979	BRA 1980	BVA 1981	BVAE 1982	1983	Summe
	in Millionen Schilling					
I. FCG f.General Motors Austria						
a) Zuschuß des Bundes	-	334'000	1.966'000	100'000	100'000	2.500'000
b) Refundierg. Stadt Wien	-	112'000	600'000	30'000	30'000	772'000
Zw.Se. (Diff.) ...	-	222'000	1.366'000	70'000	70'000	1.728'000
II. Wohnbauges. der ÖBB						
(Kapitaleinzahlg.)	5'199	5'247	5'200	5'200	1'200	22'046
III. BUWOG (Darlehen) ...	86'0	42'3	80'5	216'4	100'000	525,2
IV. Verkehrsverbundorganisationsges. (Zuschuß **) ***)	0'767	0'900	0'800	0'833	0'833	4'133
V. FH Wien Betriebsges. ***)						
a) Kapitaleinzahlung	27'315	59'110	-	-	-	86'425
b) Invest.Förd.Beitrag	20'000	25'000	25'000	25'000	25'000	120'000
c) Liquiditätsstützung	-	2,775	0'581	-	7'750	11'106
VI. A K P E Ges.m.b.H.						
a) Kostenersatz d.Bds.	800'000	625'000	950'000	1.000'000	2.100'000	5.475'000
b) VSt-Anteil d.Bds.	71'419	53'529	75'000	72'500	100'000	372'448
Zw.Se. (Diff.) ...	728'581	571'471	875'000	927'500	2.000'000	5.102'552
VII. I A K W AG						
a) Kostenersatz d.Bds.	-	850'000	900'000	900'000	900'000	3.550'000
b) Refundierug.Stadt Wien	-	268'050	309'750	309'750	309'750	1.197'300
Zw.Se. (Diff.) ...	-	581'950	590'250	590'250	590'250	2.352'700
Summe I - VII	867'862	1.510'753	2.943'331	1.835'183	2.795'033	9.952'162
	=====	=====	=====	=====	=====	=====

Bundesland: WIEN (5. Juni 1979 bis 31. Dezember 1981)

Beilage IV

1. Versorgung des Bundesheeres:

	ÖS	Stunden Wohnungen Bedienstete
a) Beschaffungen (Waffen, Munition, Sprengmittel, Kraftfahrzeuge und -Ersatzteile, Leder, Textilbekleidung, Brenn-, Kraft-, Schmierstoffe, Maschinen, Werkzeuge etc.)	2.892.685.000,--	
b) Reparaturen (an Kraftfahrzeugen, Waffen, Fernmelde- und sonstigem Gerät)	50.878.000,--	
c) Baumaßnahmen (militärisches Bauwesen und Aufwendungen für den Wohnbau)	223.808.000,--	
d) Verpflegung	187.841.000,--	
e) Reinigung von Wäsche, Ausrüstung und Bettensorten sowie Ausgaben im Rahmen der Jahreskreditverläge, Ausgabebefügnisse und Soldatenheime	136.863.000,--	

2. Assistenzleistungen (§ 2 Abs. 1 lit. c des Wehrgesetzes 1978); Hilfeleistungen des Bundesheeres im Rahmen der Ausbildung:

31.933

3. Zuweisung von Naturalwohnungen an Ressortbedienstete:

4. Personalaufnahmen

876

Beilage V

Bundesland: WIEN (Schätzung für den Zeitraum 1. Jänner 1982 bis Anfang Juni 1983)

	ÖS	Wohnungen
<u>Versorgung des Bundesheeres:</u>		
a) Beschaffungen (Waffen, Munition, Sprengmittel, Kraftfahrzeuge und -Ersatzteile, Leder, Textilbekleidung, Brenn-, Kraft-, Schmierstoffe, Maschinen, Werkzeuge etc.)	370,064.000,--	x)
b) Reparaturen (an Kraftfahrzeugen, Waffen, Fernmelde- und sonstigem Gerät)	30,000.000,--	
c) Baumaßnahmen (militärisches Bauwesen und Aufwendungen für den Wohnbau)	198,800.000,--	54
d) Verpflegung	110,000.000,--	
e) Reinigung von Wäsche, Ausrüstung und Bettensorten sowie Ausgaben im Rahmen der Jahreskreditverläge, Ausgabebefugnisse und Soldatenheime	80,000.000,--	

x) Zu diesen bereits vertraglich gebundenen Leistungen kommen Aufträge, die konkret erst im Zuge von Ausschreibungen gemäß ÖNORM 2050 vergeben werden; da sohin derzeit nicht feststeht, welche Zuschläge im Bundesland WIEN erfolgen werden, ist auch eine Schätzung des auf das Bundesland WIEN schließlich entfallenden Betrages nicht möglich.

Beilage VILandesarbeitsamt Wien
Bezeichnung der Leistunggezahlt im
Jahr 1979

	2	3
1	Arbeitsmarktservice (Arbeits- und Berufsforschung Information z.B. Herausgabe des Arbeitsmarktanzeigers darunter: Personal- und Sachaufwand	122,041.432,10 116,733.422,45
2	Förderung der beruflichen und geographischen Mobilität und des Arbeitsantritts	64,924.222,65
3	Arbeitsbeschaffung	68,363.931,25
11	Darlehen, Zinsenzusch. (bei kurzfristigen Beschäftigungsschwankungen)	16,268.950,--
12	Kurzarbeitsbeihilfen	-
13	Zuschüsse	15,000.000,--
2	Beihilfen zur Förderung von Winterarbeiten in der Bau-, Land- und Forstwirtschaft	37,094.981,25
31	Darlehen, Zinsenzusch. (zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Bekämpfung längerfristiger Beschäftigungsschwierigkeiten)	-
4	Förderung der Lehrausbildung und Berufsvorschulung	8,630.951,74
5	Förderung für Behinderte im Sinne des § 16 AMFG	21,718.173,93
6	Aufwendungen für Ausländer	606,026,27
7	Schlechtwetterentschädigung im Bäugewerbe	72,644.186,63
8	Finanzielle Unterstützung von Trägern berufl. Schullungseinrichtungen für Ausstattungs-, Erweiterungs- oder Errichtungsinvestitionen	3,982.065,41
9	Barleistungen bei Arbeitslosigkeit und Mutterschaft	S 811,132.54 (ohne KV-Beiträ und ausbezahlt)
91	Leistungen bei Arbeitslosigkeit (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sonderunterstützung, Überbrückungshilfe)	S 576,779.425,7
92.	Leistungen bei Mutterschaft (= Karenzurlaubsgeld)	S 227,359.454,-
*)	Wohnungsbeihilfe	S 6,993.666,-
	Summe 1 bis 9	1,174.043.535,70
	*) bis 1979 Wohnungsbeihilfe, ab 1980 ist die WB der jeweiligen Leistungen zugeordnet, ab 1981 P 93 = Leistungen gem. § 23 AlVG (Pensionsvorsc)	
	Summe der AMF-Maßnahmen	173.533.380,90

gezahlt im Jahr 1980	Jahr 1981	vorgesehenen für 1981 soweit für das Land budgetierbar
4	5	6
131.777.551,51 126.509.089,35 69.606.611,96 15.134.770,75	142.026.284,02 136.114.948,54 101.459.499,99 14.410.829,24	150.800.000,- 145.150.000,- 79.600.000,- Für Position 3 und 5 gilt: Das Landesar- beitsamt kann nur über Beihilfen bis zu 500.000 S ent- scheiden. Da erfahrt gemäß Betriebsförde- rungen in größerer Betragshöhe gewährt werden, werden die erforderlichen Mitte- bei Bedarf aus der Zentralreserve beim BMS den Landesarbeit- ämtern zur Verfügung gestellt.
15.134.770,75	201.115,74 14.209.713,50	
15.057.163,70 16.821.162,09 975.139,27 71.831.728,50	15.054.608,48 13.829.857,54 1.158.916,39 71.423.413,51	17.300.000,- 22.200.000,- 900.000,- Position 8 siehe Pos gilt
2.026.834,17 S 862.270.827,-- (ohne KV-Beiträge und ausbezahlté FB)	5.794.696,80 S 1.145.713.992,-- (ohne KV-Beiträge und ausbezahlté FB)	Für Position 7 u. 9 der Jahreskredit wi- den Landesarbeitsämter nicht zur Verfügung gestellt, weil eine Au- gliederung zwischen einzelnen Ländern n vorgenommen wird.
S 612.165.703,- S 250.105.124,- S 3.816.999,-	S 852.388.360,-- S 289.508.633,-- S 3.816.999,-	
1.185.501.788,95 124.890.144,10	1.510.872.097,97 157.619.743,92	271.300.000 + HP 3,7 8,9 126.150.000 + HP 3 8